

Hauptergebnisse Österreich



International Civic and Citizenship Education Study

Internationale Studie zur politischen Bildung
Studienlaufzeit: Mai 2006 bis September 2010



bm:uk Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

S ● R A

Institut für
Erziehungswissenschaft

iKF
Institut für Konfliktforschung

Informationen zur Studie

Die *International Civic and Citizenship Education Study* – ICCS (Internationale Studie zur politischen Bildung) ist eine international vergleichende empirische Studie der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) zur politischen und bürgerInnenschaftlichen Bildung (zu den Begrifflichkeiten siehe weiter unten). Die Studie baut in einzelnen Aspekten auf der von der IEA durchgeführten *Civic Education Study* (CivED) aus dem Jahr 1999 auf, an der Österreich jedoch noch nicht beteiligt war. An ICCS haben 38 Länder aus allen Teilen der Welt teilgenommen. Der Ab- und Verlauf der Studie wurde von einem internationalen Konsortium aus drei Partnerorganisationen (ACER – Australian Council for Educational Research, NFER – National Foundation for Educational Research, LPS – Laboratorio di Pedagogia Sperimentale, Università Roma Tre) koordiniert.

In Österreich wurde ICCS von einem Projektkonsortium mit den Partnern SORA (Institute for Social Research and Consulting), Institut für Konfliktforschung (IKF) und Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Innsbruck (IfEZW) durchgeführt. SORA koordinierte diese Projektgemeinschaft und nahm in dieser Funktion auch die Rolle des National Research Coordinator (NRC) für ICCS ein.

Die Kernfrage von ICCS

Im Fokus von ICCS steht die Bildung junger Menschen in Hinblick auf ihre Rolle als BürgerInnen. Neben ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem konzeptuellen Verständnis wurden auch ihre demokratiebezogenen Werte und Einstellungen in Bezug auf Politik und Gesellschaft sowie deren Institutionen, ihr politisches Interesse und ihre politische und zivilgesellschaftliche Partizipation bzw. Teilhabe erhoben.

Neben diesen Kernaspekten, wurden in den teilnehmenden europäischen Ländern auch Europa und die Europäische Union thematisiert. Die spezifische Situation in Österreich betreffend die Bereiche politische Bildung und Partizipation wurde in einem eigenen nationalen Fragebogen für Österreich behandelt.

Die Erforschung des Wissens, der Fähigkeiten, der Einstellungen und Werte sowie des Partizipationsverhaltens von SchülerInnen in Bezug auf Gesellschaft und Politik erfüllt zweierlei Aufgaben: Einerseits kann so der Vermittlungsstand des Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung überprüft werden, woraus in der Folge Erkenntnisse für die Unterrichtsplanung und

Lehrpläne gewonnen werden können. Andererseits können Ziele, Inhalte und Konzepte des Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung weiter entwickelt werden.

Der nationale und internationale Kontext von ICCS

In Österreich ist politische Bildung für alle SchülerInnen und alle LehrerInnen schon seit 1977 in Form des Unterrichtsprinzips Teil des Unterrichts in allen Schultypen und in allen Unterrichtsgegenständen. Im Jahr 2008 wurde im Zuge der Begleitmaßnahmen zur Wahlaltersenkung auf 16 Jahre auch die Verankerung des Unterrichtsgegenstands Politische Bildung neu geregelt: Seit dem Schuljahr 2008/2009 gibt es an österreichischen Schulen das Fach „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ für alle SchülerInnen der 6. bis 8. Schulstufe, wobei in der 8. Schulstufe der Schwerpunkt auf Politischer Bildung liegt (Anmerkung: politische Bildung als Teilgebiet eines Faches gab es an der Oberstufe von allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen auch schon zuvor). Gleichzeitig verliert jedoch das Unterrichtsprinzip nicht an Bedeutung, denn es gilt weiterhin, dass politische Bildung in allen Gegenständen und in allen Schulstufen vermittelt werden soll. Mit dieser Verankerung des Gegenstands nimmt Österreich bei der Implementierung politischer Bildung in Europa keine Sonderstellung ein. So finden sich in anderen Ländern Europas sowohl eigenständige Unterrichtsfächer (z.B. in England, Estland, Griechenland, Irland und Zypern), als auch Abwandlungen des Unterrichtsprinzips (z.B. in Finnland, der Schweiz und Slowenien). Bislang lag keine systematische Evaluierung der Wirksamkeit unterschiedlicher Vorgehensweisen im Bereich politischer und bürgerInnenchaftlicher Bildung vor. ICCS nimmt dahingehend also eine Vorreiterrolle ein.

An ICCS beteiligte Länder

Die international definierte Zielpopulation von ICCS umfasste SchülerInnen im achten Schuljahr. Für Österreich handelt es sich dabei um SchülerInnen der achten Schulstufe, in der Regel also um 13- bis 14-jährige SchülerInnen. An der österreichischen Hauptuntersuchung nahmen insgesamt 110 DirektorInnen, 999 LehrerInnen und 3.385 SchülerInnen in 142 Schulen teil. Dabei wurden in jeder der teilnehmenden Schulen Klassen ausgewählt und sämtliche SchülerInnen dieser Klasse befragt. Zusätzlich zu den SchülerInnen wurden LehrerInnen dieser Schulen, die in der 8. Schulstufe unterrichten, sowie die DirektorInnen der teilnehmenden Schulen befragt.

Begrifflichkeiten und Terminologie in ICCS

Da die gemeinsame Sprache in der internationalen Studie ICCS Englisch ist, war eine Übersetzung der in ICCS verwendeten Schlüsselbegriffe ins Deutsche nötig. Dies ist nicht immer problemlos möglich, da die englischen Begriffe häufig keine eindeutige Entsprechung im Deutschen finden.

Schon der Kernbegriff der Studie – *Citizenship* – stellt eine Herausforderung dar. Für diesen Begriff wird in dieser Studie der Begriff ‚BürgerInnenschaft‘ verwendet – ein Begriff, der auch in Texten zu Politiken der Europäischen Union und des Europarats als Übersetzung für *Citizenship* verwendet wird.

In diesem Sinne wird in dieser Studie der Begriff *Citizenship Education* mit ‚bürgerInnenschaftliche Bildung‘ übersetzt. Das Konzept von *Citizenship Education* geht über jenes von politischer Bildung im Sinne der Verwendung dieses Begriffs in Österreich hinaus: Politische Bildung bezieht sich – entsprechend dem formellen österreichischen Lehrplan – in erster Linie auf die politische Dimension und die kognitiven Aspekte von BürgerInnenschaft, wohingegen *Citizenship Education* auch die affektiven und praktischen Aspekte sowie die soziale und kulturelle Dimension von BürgerInnenschaft einbezieht. *Civic Education* entspricht hingegen – im Sinne der ICCS Definition für *civic* und im Sinne des US-amerikanischen Sprachgebrauchs – eher dem österreichischen Konzept von ‚Politische Bildung‘ im engeren Sinne. Daher wird der Begriff *Civic and Citizenship Education* mit ‚politische und bürgerInnenschaftliche Bildung‘ übersetzt.

Die wichtigsten Ergebnisse von ICCS

Das hier vorliegende Executive Summary beinhaltet die zusammengefassten Ergebnisse des österreichischen nationalen Berichts der *International Civic and Citizenship Education Study (ICCS)*.

Die Rolle der Schulen – LehrerInnen und DirektorInnen

Der Fokus der im Rahmen von ICCS durchgeführten Befragung von LehrerInnen und DirektorInnen liegt auf ihrer Sichtweise und ihren Einstellungen gegenüber politischer und bürgerInnenschaftlicher Bildung, wobei vor allem die Zielsetzungen sowie die Praxis Politischer Bildung untersucht wurden. Auf Grund einer verzerrten Stichprobengröße (nicht die geforderte Zahl an LehrerInnen nahm teil), sind internationale Vergleiche und Rückschlüsse auf die Gesamtheit der LehrerInnen in der achten Schulstufe nur eingeschränkt in Form von Trends möglich.

Die Ergebnisse kurz gefasst

Die Verantwortung für die politische Bildung in der Schule sehen die LehrerInnen vor allem bei HumanwissenschaftlerInnen (Lehrpersonen für Geschichte und Geographie, inkl. für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung). DirektorInnen und insbesondere Politische BildnerInnen (LehrerInnen im Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung) sehen jedoch auch die Schule im Ganzen verantwortlich dafür. Als Ziele der politischen Bildung nennen die LehrerInnen der achten Schulstufe primär die Förderung von „skills“ wie kritisches Denken sowie Reflexion und Meinungsäußerung im Sinne einer Stärkung des politischen Selbstkonzepts. Politische BildnerInnen betonen außerdem die Vermittlung bürgerInnenschaftlicher Werte und Einstellungen.

Österreichs LehrerInnen im internationalen Vergleich

Dem internationalen Vergleich ist zu entnehmen, dass Österreichs LehrerInnen die Partizipation der SchülerInnen bei der Unterrichtsgestaltung als vergleichsweise gering einstufen. Im Vergleich

zum internationalen Durchschnitt haben österreichische LehrerInnen außerdem eine höhere Wahrnehmung von Problemen an ihren Schulen.

Hinsichtlich der Ziele politischer Bildung wird der Fähigkeit, die eigene Meinung vertreten zu können, sowie der Vorbereitung der SchülerInnen auf zukünftige politische Partizipation von österreichischen LehrerInnen mehr Bedeutung zugemessen als von LehrerInnen aller anderen Länder. Auch der Förderung von kritischem und unabhängigem Denken sowie der Entwicklung von Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit wird in Österreich eine vergleichsweise hohe Bedeutung zugeordnet. Demgegenüber sind für die in Österreich befragten LehrerInnen die Förderung des politischen Faktenwissens und die Vermittlung von Wissen über BürgerInnenrechte und -pflichten als Ziele politischer Bildung weniger wichtig als für LehrerInnen im internationalen Durchschnitt.

Die zentralen Ergebnisse im Einzelnen

Verantwortung für politische Bildung

Die LehrerInnen sehen die Verantwortung für politische Bildung primär bei Lehrpersonen für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung und an zweiter Stelle bei jenen LehrerInnen, welche humanwissenschaftliche Fächer unterrichten (Geschichte und Geographie). Auffallend ist, dass die Politischen BildnerInnen, also jene LehrerInnen, die in der achten Schulstufe Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung unterrichten, in deutlich höherem Ausmaß die Schule als Ganzes verantwortlich für politische Bildung sehen. Hinsichtlich ihrer Vertrautheit mit unterschiedlichen Themen politischer Bildung im Unterricht schätzen sich Politische BildnerInnen an Hauptschulen markant schlechter ein als dies ihre KollegInnen an den AHS tun.

Lehr- und Lernmethoden

Für die praktische Vermittlung Politischer Bildung stufen die LehrerInnen vorwiegend formale und kognitive Prozesse als besonders wichtig ein, während nicht-formale oder praktisch-affektive Lehr-/Lernmethoden weniger häufig verwendet werden. Die Beurteilung der Leistungen von SchülerInnen im Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung basiert in erster Linie auf SchülerInnenbeobachtungen (Mitarbeit).

Ziele politischer Bildung

Die befragten LehrerInnen sehen die Ziele politischer Bildung primär in der Entwicklung und Förderung von Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten („skills“) wie kritisches und unabhängiges Denken, Analyse von gesellschaftlichen Zusammenhängen, Meinungsäußerung und Konfliktlösung im Sinne einer Stärkung des politischen Selbstkonzepts. Dem Wissen über soziale, gesellschaftliche und politische Institutionen sowie über BürgerInnenrechte und -pflichten wird hingegen nur mäßige Bedeutung zugeschrieben. Auch die Förderung (zukünftiger) aktiver Partizipation wird nicht unmittelbar als Ziel Politischer Bildung gesehen. Die Politischen BildnerInnen orten außerdem Verbesserungspotenzial durch mehr Unterrichtszeit, Weiterbildung von LehrerInnen sowie bessere und spezifischere Lehrmaterialien.

Einschätzung der DirektorInnen

Die DirektorInnen der an der Studie teilnehmenden Schulen siedeln – ähnlich wie die LehrerInnen – politische Bildung weitgehend bei den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern an (z.B. Geschichte, Geographie, Recht, Wirtschaft). Ebenso wie für die LehrerInnen steht auch für DirektorInnen die Entwicklung von „skills“ sowie Werten und Einstellungen in Hinblick auf eine offene und demokratische Gesellschaft im Mittelpunkt politischer Bildung. Zusätzlich betonen sie, dass politische Bildung in hohem Ausmaß ein Ergebnis aller schulischen Erfahrungen darstellt. Dennoch wird der Förderung aktiver Partizipation von SchülerInnen, insbesondere in der Schule oder in der lokalen Gemeinschaft, eine deutlich geringere Bedeutung beigemessen als der Vermittlung von Fachwissen im Unterrichtsgegenstand.

Wissen und Fähigkeiten in den Bereichen Demokratie, Politik und Gesellschaft

ICCS untersucht unter anderem bürgerInnenschaftliches Wissen und konzeptionelles Verständnis sowie analytische und argumentative Fähigkeiten von SchülerInnen der achten Schulstufe. Die Testinstrumente wurden dahingehend entwickelt, dass durch den Einsatz von leichteren und schwereren, geschlossenen und offenen Fragen das Wissen und die Fähigkeiten der SchülerInnen möglichst genau erfasst und jeweils einer von vier Leistungsstufen (Stufen 0 bis 3) zugeordnet werden können.

Der Test nutzt zwei unterschiedliche Konzepte für Testfragen: Alle SchülerInnen beantworten reine Wissensfragen, müssen aber andererseits auch Fragen beantworten, die auf Fähigkeiten der Analyse, der Beurteilung und der Argumentation ausgelegt sind. Dies ermöglicht ein komplexes Bild ihres Wissens sowie ihrer Fähigkeit, dieses Wissen anzuwenden, insbesondere durch Analyse, dem Herstellen von Zusammenhängen und Argumentation.

Die Ergebnisse kurz gefasst

In Hinblick auf die österreichischen Ergebnisse sind mindestens zwei Aspekte von besonderem Interesse: Erstens gibt es sehr großen Schwankungen der Leistungen mit einer Verteilung über die unterschiedlichen Leistungsstufen (0 bis 4). Zweitens lassen sich diese in erster Linie über den Besuch eines bestimmten Schultyps (AHS oder Hauptschule) sowie durch den Bildungshintergrund der Eltern erklären. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass SchülerInnen der AHS über ein profundes politisches und bürgerInnenschaftliches Wissen verfügen und sich in erster Linie in die höheren Leistungsstufen (2 und 3) einordnen lassen. Hingegen finden sich HauptschülerInnen, insbesondere jene mit Eltern aus einem Nicht-EU-Land, vermehrt in den Leistungsstufen 1 und 0 wieder.

Österreich im internationalen Vergleich

Österreich schneidet im internationalen Vergleich durchschnittlich ab, vergleichbar mit Ländern mit einer ähnlichen Verankerung des Faches (wie z.B. Belgien, Norwegen, Spanien oder Tschechien). Allerdings wird auch deutlich, dass in Österreich das Leistungsvermögen sehr breit gestreut ist. Das heißt, dass Österreich eine der größten Spannweiten zwischen sehr guten und eher schlechten Leistungen hat und dass ca. 40 Prozent der an der Studie teilnehmenden SchülerInnen in den unteren beiden Leistungsstufen zu finden sind. Dieser Wert ist für Westeuropa (mit Ausnahme von Luxemburg) vergleichsweise sehr hoch.

Die zentralen Ergebnisse im Einzelnen

Neben dem Ergebnis, dass im Test Schülerinnen besser als Schüler abschneiden, ist das wohl auffälligste an den österreichischen Ergebnissen der große Unterschied zwischen den SchülerInnen der AHS und der Hauptschule. Als bedeutsam für das Abschneiden im Test erweisen sich insbesondere der Bildungshintergrund der Eltern, also die Tatsache, ob mindestens ein

Elternteil über einen Maturaabschluss verfügt. Ähnlich dazu verhält es sich auch mit dem Berufsstatus anhand der Berufsqualifikation.

Die Analyse der Daten von ICCS zeigt zudem, dass der Besuch eines bestimmten Schultyps – AHS bzw. Hauptschule – die eben beschriebenen familiären Merkmale der SchülerInnen bei der Erklärung des Abschneidens im Test überlagert, also insgesamt bedeutsamer ist.

Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass der Migrationsstatus bzw. die Herkunft eines Schülers oder einer Schülerin nicht unbedeutend für sein bzw. ihr Abschneiden im Test ist. Insbesondere SchülerInnen, die einen Migrationshintergrund aus einem Nicht-EU-Land aufweisen, schneiden im Wissenstest signifikant schlechter ab.

An dieser Stelle muss allerdings darauf aufmerksam gemacht werden, dass SchülerInnen aus Nicht-EU-Ländern mehrheitlich Hauptschulen besuchen, also eine Überlagerung der Effekte – das schlechtere Abschneiden von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und das schlechtere Abschneiden von HauptschülerInnen im Vergleich zu AHS-SchülerInnen – zu beobachten ist. Diese Beobachtung wird insofern abgesichert, als sich die familiären Hintergründe (Bildungshintergrund und Berufsqualifikation der Eltern) von SchülerInnen mit Migrationshintergrund nicht auf deren Leistungen auswirken, aber der Besuch eines bestimmten Schultyps eine hohe Bedeutung hat. Dahingegen sind diese familiären Hintergründe bei SchülerInnen ohne Migrationshintergrund sehr bedeutsam für deren Abschneiden im Wissenstest.

Werte und Einstellungen in Bezug auf Gesellschaft und Politik sowie deren Institutionen

Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt im Rahmen von ICCS ist die Untersuchung von Werten und Einstellungen der SchülerInnen, die sich auf Gesellschaft, Demokratie, Politik sowie deren Institutionen beziehen. Neben umfassenden demokratiebezogenen Werten und Konzepten der BürgerInnenschaft erfassen die Befragungsinstrumente auch Einstellungen zu spezifischen Konzepten wie die Gleichberechtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen und Einstellungen gegenüber Österreich, Europa sowie der Europäischen Union. Die Werte- und Einstellungskonstrukte, welche die Studie berücksichtigen, reflektieren dabei die gemeinsamen Grundlagen der BürgerInnengesellschaft,

deren Unterstützung und Förderung nicht nur in der Verantwortung der BürgerInnen liegen, sondern auch zur aktiven Beteiligung motivieren können.

Die Ergebnisse kurz gefasst

Aus den Ergebnissen kann abgeleitet werden, dass unter den in Österreich befragten SchülerInnen grundlegende demokratische Werte und Grundsätze wie freie Meinungsäußerung, freie Wahlen oder die Achtung von politischen und sozialen Rechten in besonders hohem Ausmaß verankert sind. Ihr Selbstverständnis als BürgerInnen ist ein aktives und gemeinschaftliches. Im Besonderen werden die Teilnahme an Wahlen und zivilgesellschaftliches Engagement für wichtig gehalten. In Hinblick auf das Zusammenleben befürworten SchülerInnen prinzipiell die Gleichberechtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Sie leben gerne in Österreich und sie vereinen eine ausgeprägte österreichische Identität mit einer fast ebenso ausgeprägten Identifikation mit Europa.

Die wesentlichen Unterschiede in den Werte- und Einstellungsdimensionen können entlang den Schultypen, dem Geschlecht sowie der Herkunft bzw. dem Migrationshintergrund der SchülerInnen festgemacht werden

Österreich im internationalen Vergleich

In Bezug auf die Zustimmung der SchülerInnen zu demokratiebezogenen Werten, zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen und hinsichtlich ihres Vertrauens in staatliche, politische und gesellschaftliche Institutionen liegt Österreich über dem internationalen Durchschnitt. Die in Österreich befragten SchülerInnen weisen eine im internationalen Vergleich durchschnittliche europäische Identität auf; auch ihre Einstellungen zur Binnenmigration in Europa sowie zu einer gemeinsamen europäischen Politik und einem europäischen Einheitsstaat liegen im internationalen Durchschnitt. Unterdurchschnittlich liegen die in Österreich befragten SchülerInnen bei ihrer Bewertung der Wichtigkeit jener Verhaltensweisen, die eineN guteN BürgerIn ausmachen. Ebenfalls unter dem internationalen Durchschnitt liegen die SchülerInnen in ihrer Zustimmung zur Gleichberechtigung von Minderheiten und MigrantInnen.

Die zentralen Ergebnisse im Einzelnen

Demokratiebezogene Werte und BürgerInnenschaft

Die SchülerInnen unterscheiden klar zwischen grundlegenden Merkmalen demokratischer Systeme und ihren potenziellen Systemdefiziten. So ist die Zustimmung zu freier Meinungsäußerung, der freien Wahl politischer VertreterInnen und zur Wahrung von BürgerInnenrechten sehr hoch ausgeprägt, während Nepotismus und Medienmonopole klar abgelehnt werden. Allerdings wird eine Einschränkung der BürgerInnenrechte und der Pressefreiheit unter bestimmten Bedingungen – wie der Gefährdung der nationalen Sicherheit – von einer Mehrheit der SchülerInnen befürwortet.

Die SchülerInnen aus Österreich zeigen im Allgemeinen eine hohe Zustimmung zu den Verhaltensweisen sowohl der konventionellen politischen als auch der zivilgesellschaftlichen BürgerInnenschaft. Ihr Selbstverständnis als BürgerInnen umfasst dabei auf der konventionell-politischen Ebene die Teilnahme an Wahlen, die Kenntnis der Geschichte des Landes, die Information über politische Themen und den Respekt vor RegierungsvertreterInnen. Im Vergleich dazu ist für die SchülerInnen der Beitritt zu einer politischen Partei deutlich weniger wichtig. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene bewerten die SchülerInnen aktive BürgerInnenschaft und Engagement für das Gemeinwohl sowie für spezifische Anliegen als besonders wichtig.

Gleichberechtigung für unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft

Ein weiterer wichtiger Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist die Einstellung der SchülerInnen zur Gleichberechtigung unterschiedlicher Gruppen, wobei ICCS die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ebenso wie jene von Minderheiten und MigrantInnen thematisiert. Für die in Österreich befragten SchülerInnen sind dabei im Allgemeinen gleiche Rechte für Frauen und Männer selbstverständlich, wobei hinsichtlich konkreter Bereiche wie Kinderbetreuung und politische Führungspositionen keine Einigkeit besteht. Auffallend ist die noch einmal deutlich positivere Einstellung der weiblichen Schülerinnen zu Gleichberechtigung im Vergleich zu den männlichen Schülern. Diese Differenz zwischen den Geschlechtern kann zwar über alle Länder hinweg beobachtet werden, ist in Österreich jedoch besonders stark vorhanden.

Die im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ausgeprägte Zustimmung zu gleichen Rechten für Minderheiten und MigrantInnen soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die in Österreich befragten SchülerInnen der Gleichberechtigung dieser Gruppen mehrheitlich positiv

gegenüberstehen. Dies betrifft vor allem gleiche Rechte im Allgemeinen und gleiche Rechte in Bezug auf Ausbildung und Arbeitsplatz, politische Partizipation sowie die Aufrechterhaltung der eigenen Kultur und Sprache. Die Einstellungen zu gleichen Rechten für Minderheiten und MigrantInnen ist bei SchülerInnen mit Eltern nicht-österreichischer Herkunft positiver ausgeprägt als bei SchülerInnen österreichischer Herkunft.

Vertrauen in Institutionen

Die Untersuchung des Vertrauens der SchülerInnen in staatliche, politische und gesellschaftliche Institutionen bezieht sich auf eine große Bandbreite an formalen und informellen Organisationen einer Gesellschaft. Die in Österreich befragten SchülerInnen bringen dabei den staatlichen Institutionen wie (Bundes- und Landes-) Regierung und Polizei sowie den Gerichten das höchste Vertrauen entgegen; im Mittelfeld liegen die Vereinten Nationen und europäische Institutionen. Wie für sämtliche an der Studie teilnehmenden Länder gezeigt werden kann, äußern auch die in Österreich befragten SchülerInnen ihr geringstes Vertrauen gegenüber politischen Parteien.

Einstellung zu Österreich und zu Europa

Die SchülerInnen stehen Österreich sehr positiv gegenüber. Diese positive Einstellung umfasst sowohl symbolische Momente wie die Wichtigkeit der Fahne, den Stolz auf das Land sowie dessen Errungenschaften als auch die Qualität des politischen Systems, die Achtung gegenüber der Umwelt und die Lebensqualität im Vergleich zu anderen Ländern. Neben ihrer positiven österreichischen Identität weisen die SchülerInnen auch eine positive Identifikation mit Europa auf, das heißt sie sehen sich selbst als EuropäerInnen und sind stolz darauf, in Europa zu leben. Für das individuelle Ausmaß der jeweiligen Identität ist die Herkunft der SchülerInnen von großer Bedeutung. So ist die österreichische Identität bei SchülerInnen österreichischer Herkunft positiver als bei SchülerInnen nicht-österreichischer Herkunft, während für die europäische Identität umgekehrt gilt, dass diese bei SchülerInnen nicht-österreichischer Herkunft positiver ist als bei SchülerInnen österreichischer Herkunft.

Partizipation in Politik, Zivilgesellschaft, Schule und öffentlichem Leben

Im Rahmen von ICCS wird auch die Partizipation von SchülerInnen im öffentlichen und politischen Leben sowie in der Zivilgesellschaft untersucht. Dazu werden unterschiedliche Aspekte betrachtet, die ein Gesamtbild hinsichtlich Partizipation und Engagement in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen liefern. Der Fokus liegt auf Faktoren, die die Beteiligung der SchülerInnen potenziell fördern und unterstützen. Des Weiteren werden die gegenwärtigen bürgerInnenschaftlichen Aktivitäten der SchülerInnen in unterschiedlichen formalen, nicht-formalen und informellen Kontexten erhoben. Schließlich wird das zukünftig intendierte bzw. erwartete bürgerInnenschaftliche Verhalten untersucht.

Die Ergebnisse kurz gefasst

Aus den Ergebnissen kann abgeleitet werden, dass das zivilgesellschaftliche Engagement und die politische Partizipation im Allgemeinen im internationalen Mittelfeld oder darüber liegt. Das Interesse und die Wahrnehmung der Selbstwirksamkeit, d.h. der subjektiv empfundenen Handlungsfähigkeit in diesem Bereich, sind bei der Mehrheit der SchülerInnen hoch ausgeprägt. Auch beteiligt sich die Mehrheit der SchülerInnen an politischen Diskussionen, informiert sich regelmäßig durch Nachrichten im Fernsehen und Internet und partizipiert insbesondere im schulischen Umfeld aktiv an demokratischen Prozessen. Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Partizipation werden auch für das Erwachsenenalter als wahrscheinlich betrachtet, insbesondere durch die Teilnahme an Wahlen und legalen Protesten.

In Hinblick auf die bürgerInnenschaftliche Beteiligung werden deutliche Gruppenunterschiede festgestellt, wobei Schultyp, Geschlecht und bei HauptschülerInnen auch der Migrationshintergrund bedeutsam sind. Es kann jedoch allgemein festgehalten werden, dass AHS-SchülerInnen sowie männliche Schüler bei Faktoren, die die Partizipation potenziell fördern, Werte über dem österreichischen Durchschnitt aufweisen. Auch die gegenwärtige, sowie die intendierte Partizipation werden von AHS-SchülerInnen eher höher eingeschätzt. Letzteres gilt auch für SchülerInnen, bei denen zumindest ein Elternteil über einen Maturaabschluss verfügt.

Österreich im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich liegt Österreich in Bezug auf einzelne Aspekte des zivilgesellschaftlichen Engagements und der politischen Beteiligung häufig im internationalen Durchschnitt oder leicht darüber. In Bezug auf das Interesse an politischen und sozialen Themen,

die Teilnahme an politischen Diskussionen und die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen ist das österreichische Ergebnis im internationalen Vergleich überdurchschnittlich.

Die zentralen Ergebnisse im Einzelnen

Faktoren zur potenziellen Förderung der Partizipation

Das Interesse an Politik und sozialen Themen kann als grundlegender Impuls für die politische Partizipation betrachtet werden. Die Mehrheit der SchülerInnen in Österreich interessiert sich für politische und soziale Themen. Der Blick auf die einzelnen Interessensbereiche verdeutlicht jedoch, dass nicht jedes Thema von gleichem Interesse für die SchülerInnen ist. Für politische und soziale Themen, die das eigene Land und die eigene Wohngegend betreffen, interessieren sich die SchülerInnen stärker als für internationale Politik und Politik, die andere Länder betrifft.

Ein hohes Interesse an Politik und sozialen Themen wirkt sich positiv auf das Selbstkonzept und die Selbstwirksamkeit von SchülerInnen im Bereich politische Partizipation aus. In Bezug auf das Selbstkonzept, d.h. die Selbsteinschätzung von Wissen und Verständnis im Bereich politischer und gesellschaftlicher Problemstellungen, neigt die Mehrheit der SchülerInnen in Österreich dazu, sich eher moderat einzuschätzen. Allerdings trifft dies nicht für alle Aussagen zu, mit denen das Selbstkonzept im Fragebogen erfasst wurde. Besonders das eigene Verständnis für politische Probleme, denen Österreich gegenübersteht, ist sehr ausgeprägt.

Das Selbstkonzept steht in engem Zusammenhang zur Selbstwirksamkeitswahrnehmung der SchülerInnen, das heißt der subjektiv empfundenen Handlungsfähigkeit. Die SchülerInnen in Österreich haben eine positive Wahrnehmung ihrer eigenen Selbstwirksamkeit, insbesondere in Hinblick auf die Partizipation im schulischen Umfeld. Dies wird durch Ergebnisse gestützt, die zeigen, dass es enge Zusammenhänge zwischen der Selbstwirksamkeit und der tatsächlichen Partizipation gibt (z.B. als KandidatIn bei Wahlen zum/zur KlassensprecherIn).

Gegenwärtige bürgerInnenschaftliche Aktivitäten

Die Teilnahme an Diskussionen zu sozialen und politischen Themen ist für SchülerInnen eine Möglichkeit zur bürgerInnenschaftlichen Aktivität. Wenn diese Diskussionen in vertrauten Kontexten stattfinden, stellen sie eine niederschwellige Möglichkeit der Beteiligung dar. Insbesondere mit Eltern, aber auch im Freundeskreis werden soziale und politische Themen diskutiert. Hinsichtlich der Themen zeigt sich, dass Konflikte in der Klasse und mit LehrerInnen

sowie Themen die außerschulische Interessen der SchülerInnen (z.B. Medien, Sport) betreffen, häufig diskutiert werden.

Partizipation erfordert auch Wissen und Informationen der SchülerInnen zu gesellschaftlichen und politischen Themen. Diese Informationen werden, über den schulischen Kontext hinaus, in einem beträchtlichen Ausmaß durch die Nutzung von Medien erworben. Nachrichten werden insbesondere im Medium Fernsehen konsumiert, ähnlich häufig werden Zeitungen als Informationsquelle genutzt.

Das schulische Umfeld und der außerschulische Bereich (z.B. Jugendorganisationen) bieten den Jugendlichen zentrale Kontexte, in denen sie sich zivilgesellschaftlich engagieren können. In diesem Zusammenhang werden Fragen nach der Partizipation innerhalb und außerhalb der Schule berücksichtigt. Die Beteiligung in zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen außerhalb der Schule ist eher gering und stark von der Art der Organisation abhängig. So haben sich mehr als die Hälfte der SchülerInnen schon einmal an einer Sammelaktion für soziale Zwecke beteiligt, die Teilnahme in parteilichen und gewerkschaftlichen Jugendorganisationen ist in dieser Altersgruppe aber kaum relevant. Andererseits ist die Beteiligung im schulischen Bereich deutlich häufiger. Zu den Aktivitäten, die hier am häufigsten durchgeführt wurden, gehören die Beteiligung an schulinternen Wahlen und die Kandidatur als KlassensprecherIn. Dies wird durch Ergebnisse bestätigt, die zeigen, dass in nahezu allen Klassen auch tatsächlich entsprechende Wahlen durchgeführt werden. Mehr als die Hälfte der SchülerInnen gibt außerdem an, sich potenziell an der Schuldemokratie beteiligen zu können.

Zukünftig beabsichtigte Aktivitäten der gesellschaftlichen und politischen Partizipation

Hier werden folgende Dimensionen der beabsichtigten Partizipation untersucht: Die konventionell-politische Partizipation (z.B. durch Wahlen), die zivilgesellschaftliche Partizipation sowie Protestaktivitäten, die gegen als falsch erachtete Dinge in Betracht gezogen werden.

In Bezug auf das intendierte Wahlverhalten lässt sich feststellen, dass eine deutliche Mehrheit der SchülerInnen in Österreich annimmt, zukünftig an Gemeinderats- und Nationalratswahlen teilzunehmen. Hinsichtlich anderer Formen der formellen und informellen Partizipation, wie z.B. einer Partei oder Gewerkschaft beizutreten oder der Diskussion von politischen und sozialen Themen, hält die Mehrheit der SchülerInnen die eigene Beteiligung in diesen Bereichen für weniger wahrscheinlich.

In Bezug auf die potenzielle Bereitschaft zur Partizipation durch Protest gegen Dinge, die als falsch erachtet werden, gibt es Unterschiede hinsichtlich der Form des Protestes. Während ein Großteil der SchülerInnen in Österreich es für wahrscheinlich hält, an legalen Protesten teilzunehmen, trifft dies für einen wesentlich geringeren Anteil bei illegalen Protesten zu.

Erhebungsinstrumente

Folgende Testhefte und Fragebögen kamen im Rahmen der Erhebung ICCS zum Einsatz:

Instrumente für die SchülerInnen

Die Schülerinnen und Schüler wurden gebeten, ein Testheft, einen internationalen Fragebogen, einen europaspezifischen Fragebogen (europäischer Modul) sowie einen österreichspezifischen Fragebogen (österreichischer Modul) auszufüllen.

Testheft: Der Test des Wissens, des konzeptuellen Verständnisses und der analytischen und argumentativen Fähigkeiten im Bereich der politischen und bürgerInnenschaftlichen Bildung bestand aus 80 Aufgaben, welche auf sechs Testhefte aufgeteilt waren (Rotation der Aufgaben basierend auf Ankeraufgaben). Es kamen sowohl Multiple-Choice-Aufgaben als auch offene kognitive Fragen zum Einsatz.

Internationaler SchülerInnenfragebogen: Der SchülerInnenfragebogen erfasst Informationen über Einstellungen, Überzeugungen, Konzepte, Interessen und Handlungsweisen der SchülerInnen im Zusammenhang mit politischer und bürgerInnenschaftlicher Bildung. Zudem wurden anhand des SchülerInnenfragebogens Informationen über die eigene Person, den familiären Hintergrund sowie die schulischen und außerschulischen Aktivitäten erfragt.

Der Fragebogen des europäischen Moduls: Die SchülerInnen in europäischen Ländern bekamen einen Test und einen Fragebogen vorgelegt, welche auf konkrete europaspezifische Themen eingehen. Während der Test sich nur auf die Europäische Union bezieht, bezog sich der Fragebogen hauptsächlich auf Europa als geopolitische Region.

Österreichischer Fragebogen: In Österreich wurde den SchülerInnen zudem ein Fragebogen vorgelegt, welcher die internationalen Erhebungen um für Österreich relevanten Themen ergänzt.

Instrumente für die Lehrpersonen und Schulleitung

Mithilfe von Fragebögen für Lehrpersonen und DirektorInnen wurden Informationen über Schul- und Klassenmerkmale, Strukturen der Schulleitung, Atmosphäre in der Schule, Organisation des Unterrichts sowie Lehrpraktiken erhoben. Damit wurden die von SchülerInnen erhobenen Daten ergänzt.

Internationale Koordination

Die internationale Koordination von ICCS wird von einem Konsortium bestehend aus dem Australian Council for Educational Research (ACER) in Melbourne, der National Foundation for Educational Research (NFER) in London und dem Laboratorio di Pedagogia Sperimentale (LPS) der Università Rom Tre wahrgenommen. Das internationale Konsortium arbeitet mit dem IEA Data Processing Center (DPC) in Hamburg zusammen, das für die Koordination der Stichprobenziehungen, die Datenaufarbeitung und das Skalierungsverfahren zuständig ist.



Australian Council for Educational Research

John Ainley - ICCS Project Coordinator

Wolfram Schulz - ICCS Research Director

Julian Fraillon - Senior Research Fellow

Naoko Tabitha - Research Officer

<http://www.acer.edu.au/index.html>



David Kerr - ICCS Associate Research Director

Joana Lopes - Senior Research Officer

<http://www.nfer.ac.uk/index.cfm>



Bruno Losito - ICCS Associate Research Director

Gabriella Agrusti - Project Researcher

<http://lps2.uniroma3.it/lps/index.htm>



Heiko Sibberns - Co-director

Dirk Hastedt - Co-director

Falk Brese - ICCS Coordinator

Michael Jung - Researcher

Olaf Zuehlke - Researcher (Sampling)

Sabine Meinck - Researcher (Sampling)

<http://www.iea-dpc.de/>



Hans Wagemaker - Executive Director

Barbara Malak - Manager Membership Relations

<http://www.iea.nl/>

ICCS in Österreich

Die Verantwortung für die Durchführung sowie für die Auswertung der Daten und die Berichterstattung der Ergebnisse von ICCS in Österreich trägt ein Konsortium bestehend aus SORA, dem Institut für Konfliktforschung und dem Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck.



Steve Schwarzer, M.A., Projektleiter, Projektmanagement

Martina Zandonella, Mag.^a, Projektmanagement

Julian Aichholzer, Mag.

Eva Zeglovits, Mag.^a



Lynne Chisholm, Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ

Helmut Fennes, Ass. DI Dr.

Kathrin Helling, Mag.^a



Birgit Haller, Dr.ⁱⁿ

Walter Fend, Mag.



Richard Költringer, Dr.

Die Kosten für ICCS werden vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BM:UKK) getragen.



Teilnehmende Länder

Insgesamt nehmen 38 Länder an ICCS teil:

Belgien (Flämisch), Bulgarien, Chile, Dänemark, Dominikanische Republik, England/Wales, Estland, Finnland, Griechenland, Guatemala, Hongkong SAR, Indonesien, Irland, Italien, Kolumbien, Korea, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Taiwan, Thailand, Tschechische Republik, Zypern

Zeitlicher Ablauf

Pilotstudie November	Dezember 2007
Vorbereitung der Hauptstudie Februar	September 2008
Hauptstudie Südhemisphäre	Oktober - Dezember 2008
Hauptstudie Nordhemisphäre	Februar - April 2009
Datenauswertung	Januar - November 2009
Auswertung der Daten und Aufbereitung der Ergebnisse	Dezember 09 - September 2010
Endbericht	September 2010

Weitere Informationen zur Internationalen Studie

Internationale Webseite von ICCS

<http://iccs.acer.edu.au/>

Kontakt in Österreich

Mag.^a Martina Zandonella

SORA

Linke Wienzeile 246, A-1150 Wien

Tel. +43 1 585 33 44

E-Mail: martina.zandonella@sora.at

DI Dr. Helmut Fennes

Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Innsbruck

Liebeneggstraße 8, A-6020 Innsbruck

E-Mail: helmut.fennes@uibk.ac.at

Mag. Walter Fend

Institut für Konfliktforschung

Lisztstraße 3, A-1030 Wien

E-Mail: walter.fend@ikf.ac.at